



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Heike Hänsel  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Prof. Dr. Maria Böhmer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

Berlin, den **08. Sep. 2015**

**Schriftliche Fragen für den Monat August 2015**  
**Frage Nr. 8-214**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage:

***Wie beeinflussen die seit April 2014 laufenden Verhandlungen zwischen der EU und Kuba über einen politischen Dialog und Zusammenarbeit den sogenannten Gemeinsamen Standpunkt der EU gegenüber Kuba aus dem Jahr 1996 und setzt sich die Bundesregierung aktiv für eine Aufhebung dieses in der EU-Außenpolitik einmaligen Papiers ein?***

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung in Kuba weiterhin sehr aufmerksam. Sie strebt an, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Kuba zu intensivieren. Die Bundesregierung hat daher auch dem Mandat für Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kuba über ein Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit auf dem Rat für Auswärtige Beziehungen am 10. Februar 2014 zugestimmt.

Dabei hatte sich die Bundesregierung bereits in den Beratungen im Vorfeld der Erteilung des Verhandlungsmandats nachdrücklich dafür eingesetzt, dass vor allem auch menschenrechtliche Anliegen, wie sie im Gemeinsamen Standpunkt von 1996 festge-

schrieben sind, Thema der Verhandlungen sein müssen. In diesem Bemühen wird die Bundesregierung nicht nachlassen. Bei Annahme des Mandats brachte die damalige Hohe Vertreterin, Lady Ashton - vor allem auch auf Bitten Deutschlands - unmissverständlich zum Ausdruck, dass Geschwindigkeit und Fortgang der Verhandlungen an die Entwicklung der Menschenrechtslage in Kuba gekoppelt sein müssen.

Die Bundesregierung hegt die Erwartung, dass die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden können. Sie wird dem Verhandlungsergebnis zustimmen, wenn vor allem für das Thema Menschenrechte und für die Rolle der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle für den zukünftigen Dialog vorgesehen ist.

Die Bundesregierung geht dabei davon aus, dass der Gemeinsame Standpunkt bis zum Abschluss des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit fortgilt. Sie geht weiter davon aus, dass dessen Grundsätze im Kooperationsabkommen Niederschlag finden werden, so dass das Kooperationsabkommen nach Abschluss die Grundlage der weiteren Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten sowie Kuba bilden wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. S. L.', written in a cursive style.